

Fratzscher, Marcel

Article

Nach der US-Wahl: Zeit für ein transatlantisches Freihandelsabkommen

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Fratzscher, Marcel (2020) : Nach der US-Wahl: Zeit für ein transatlantisches Freihandelsabkommen, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 87, Iss. 46, pp. 862-, https://doi.org/10.18723/diw_wb:2020-46-3

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/226769>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



MARCEL FRATZSCHER

Nach der US-Wahl: Zeit für ein transatlantisches Freihandelsabkommen

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Die Wahl Joe Bidens zum US-Präsidenten lässt Deutschland und ganz Europa kollektiv aufatmen. Viele erhoffen sich davon, dass die USA zu der Zeit zurückkehren, als das Land die treibende Kraft hinter der multilateralen Weltordnung und Garant wirtschaftlicher und geopolitischer Stabilität war. Diese Hoffnung könnte sich recht bald als große Enttäuschung erweisen: Als Präsident wird Biden zwar allen Aspekten der internationalen Politik – von der Handelspolitik bis hin zur Sicherheits- und Außenpolitik – mehr Stabilität und Berechenbarkeit verleihen und viele Fehler seines Vorgängers Donald Trump korrigieren. Trotzdem dürfte sich aber der Kurs der USA vor allem in der Wirtschaftspolitik kaum verändern.

Unter Trump war es für China oder Deutschland leicht, den Vorwurf des Protektionismus als Irrsinn eines erratischen US-Präsidenten abzutun. Auch wenn es den meisten von uns wohl schwerfällt, dies einzugestehen, aber Trump hatte mit einigen seiner Vorwürfe durchaus Recht. Auch wir Deutschen sollten selbstkritisch in den Spiegel schauen und unsere eigenen Schwächen und Fehler zugeben. Als ein Beispiel von vielen: Die riesigen Handelsüberschüsse Deutschlands im vergangenen Jahrzehnt sind sehr wohl eine Art Protektionismus. Und auch in der Außen- und Sicherheitspolitik muss Europa global mehr Verantwortung übernehmen und kann nicht die Hauptlast auf die USA abschieben.

Europa sollte nun nicht auf den ersten Schritt der neuen US-Regierung warten, sondern selbst mit ausgestreckter Hand auf die Biden-Administration zugehen. Dies gilt vor allem für die Wirtschaftspolitik. Europas und vor allem Deutschlands wirtschaftliche Zukunft hängen viel stärker von offenen Grenzen und freiem Handel ab als diejenige der USA und Chinas. Das beste Instrument gegen die schwelenden globalen Handelskonflikte ist ein transatlantisches Freihandelsabkommen, dem höchste wirtschaftspolitische Priorität eingeräumt werden sollte. Allerdings müssten dabei die Fehler und Macken des alten TTIP-Entwurfs korrigiert werden.

Gemeinsam würden Europa und die USA und damit die Hälfte der weltweiten Wirtschaftsmacht auf Jahrzehnte hinaus die globalen Standards setzen – vom Datenschutz über Industriestandards bis hin zu ethischen und klimapolitischen Normen. Sie würden damit nicht nur die Interessen der eigenen Wirtschaft effektiv schützen, sondern auch die zentralen globalen Herausforderungen angehen helfen.

So könnten viele Fehlentwicklungen, die durch die Hyper-Globalisierung ausgelöst wurden, korrigiert werden: beispielsweise bei Klimaschutz, Steuervermeidung, Finanzstabilität und Digitalisierung. Gerade in Bezug auf den Klimaschutz muss ein grundlegender Wandel stattfinden, der institutionelle Strukturen sowie Preis- und Marktmechanismen schafft, die für alle global bindend sind und gleichzeitig den ärmsten Ländern bei der Transformation helfen. Ein gemeinsames Freihandelsabkommen würde nicht nur dabei helfen, einige der negativen Effekte der Globalisierung zu reduzieren, die zur sozialen Polarisierung innerhalb unserer Gesellschaften führen. Sondern es würde auch China sehr viel effektiver zwingen, nach gemeinsamen, globalen Regeln zu spielen, als die bisherigen fehlgeleiteten Versuche der Konfrontation dies geschafft hätten.

Die transatlantische Beziehung wird in den kommenden vier Jahren nur dann gestärkt und erfolgreich diese globalen Herausforderungen meistern, wenn Deutschland und Europa deutlich stärker als bisher globale Verantwortung übernehmen. Dies erfordert zum einen eine engere gemeinsame Wirtschafts- und Außenpolitik innerhalb der EU. Um die Souveränität Europas zu stärken, muss auch Deutschland bereit sein, mehr nationale Souveränität auf Europa zu übertragen. Zum anderen muss die EU auf die neue US-Regierung zugehen und sie von einer engeren Zusammenarbeit überzeugen. Ein transatlantisches Freihandelsabkommen könnte hierfür richtungsweisend sein.

Dieser Kommentar erschien am 9.11.2020 in der WELT.

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

87. Jahrgang 11. November 2020

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;
Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander
Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus
Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann

Lektorat

Mara Barschkett

Redaktion

Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Dr. Anna Hammerschmid;
Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Bastian Tittor; Sandra Tubik;
Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter